

Avanti ²

ISO Rhein-Neckar



Protest am 25. Januar 2018 gegen Pflegenotstand am Klinikum Heidelberg.



Fotos: Avanti².

Schöner Schein am Mannheimer Klinikum, 29.04.2018.

Unruhe im städtischen Klinikum

M. G.

Überraschend verkündete die Doppelspitze der Universitätsmedizin Mannheim (UMM) im April die „Freistellung“ des langjährigen Pflegedirektors. In Verbindung mit dieser Personalie will die Geschäftsleitung eine Änderung der Organisation des Pflegebereichs vornehmen. Künftig sollen „Pflegedepartements“ direkt dem Ärztlichen Geschäftsführer untergeordnet werden.

Seit dem Bekanntwerden dieser Nachrichten sind viele der rund 4.000 Beschäftigten des Klinikums noch mehr beunruhigt als bisher. Der Betriebsrat sprach von „Entsetzen“

und „Wut“ in der Belegschaft. Die Interessenvertretung war selbst von der Entscheidung des Managements überrascht worden. Offensichtlich ist die angekündigte Umstrukturierung Teil eines verdeckt vorbereiteten strategischen Plans. Es wäre sehr verwunderlich, wenn die Spitze des Aufsichtsrats davon völlig ohne Kenntnis gewesen wäre.

Betriebsrat und Belegschaft reagierten am 20. April mit einer ersten Protestaktion. Eine Betriebsversammlung soll Anfang Mai stattfinden.

Solidarität ist erforderlich! ■

Liebe Leserinnen und Leser, der 1. Mai ist für viele ein Feiertag, der mit ihrer Existenz im Kapitalismus scheinbar wenig zu tun hat.

Wir setzen uns nicht nur am 1. Mai kritisch mit der Lage in den Betrieben und der Gesellschaft auseinander. Wir versuchen kontinuierlich, einen Beitrag zum Verständnis der Realität zu leisten – und damit zu ihrer positiven Veränderung beizutragen.

Denn nach wie vor ist Brechts Frage aktuell: „Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?“

Der Bogen unserer Themen in dieser Ausgabe ist weit gespannt. Er reicht von der Afrin-Solidarität und dem antifaschistischen Protest über die laufenden Betriebsratswahlen, von „MA-RX 200“ und Musik als unerlässlicher Begleiterin von Bewegungen bis hin zur Tarifrunde im Öffentlichen Dienst.

Wir freuen uns, wenn Euch diese Auswahl gefällt.

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	
01 UNIKLINIKUM Unruhe wächst BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	06 DEMO Engagement mit 85
02 Tarifrunde Öffentlicher Dienst Erfolg ohne Streik?	07 PAKISTAN Im Fadenkreuz von Militär und Fundamentalismus? MARX 200
03 BR-Wahlen II Erfolge sind machbar ANTIFASCHISMUS	08 KARL MARX Demokrat und Kommunist
04 KANDEL Brauner Spuk ohne Ende? INTERNATIONALE SOLIDARITÄT	09 MARX-VERANSTALTUNGEN Was gibt es noch?
05 AFRIN Solidarität in Mannheim	10 INTERVIEW MIT B. KÖHLER Von Müntzer bis Marx RÜCKBLLENDE / TERMINE
05 ROJAVA Selbstverwaltung und Demokratie?	12 BERT BRECHT Lob der Dialektik?
	12 TERMINE

Tarifabschluss Öffentlicher Dienst

Der Sprung des Tigers

H. B.

Am Dienstag, dem 17. April 2018, wurde nach dreitägigen Verhandlungen in der Tarifrunde für Bund und Kommunen eine Einigung erzielt. Auf den ersten Blick ist sie unbefriedigend.

Die Forderung nach 6 % mehr Einkommen wie nach einem Mindestbetrag von 200 € für 12 Monate findet sich in dem Abschluss nicht wieder. Insbesondere die Forderung nach dem Mindestbetrag war sehr populär. Sie hat sicherlich zu den guten Mobilisierungen auch in Mannheim und Umgebung beigetragen.

Der Mindestbetrag sollte vor allem den unteren Einkommensgruppen zugute kommen. Zudem sollten dadurch die Abstände zu den höheren Gruppen verringert werden.

Demgegenüber wollten vor allem die VertreterInnen der Kommunen, dass eher die höheren Einkommensgruppen gestärkt werden. Für den öffentlichen Dienst sei es schwierig, Fachkräfte zu bekommen. Genau diese Logik spiegelt sich im Abschluss wieder, auch wenn die unteren Einkommensgruppen nicht völlig außen vor bleiben.

Der Abschluss über die lange Laufzeit von 30 Monaten trägt nicht dazu bei, ver.di zu stärken. Es wird eher schwierig werden, neue Mitglieder zu gewinnen.

Einkommen

Ab 1. März 2018 gibt es eine Erhöhung der Einkommen um 3,19 % sowie eine Einmalzahlung von 250 € für die Tarifgruppen 1 – 6. Ein zweiter Schritt erfolgt ab dem 1. März 2019 mit einem weiteren Plus von 3,09 %. Schließlich erhalten die KollegInnen ab 1. April 2010 noch einen „Zuschlag“ von 1,06 %.

Diese Tarifierhöhungen gelten für alle Beschäftigten. Darüber hinaus gibt es aber erhebliche Veränderungen in den einzelnen Tarifgruppen oder Stufen. So fällt in allen Tarifgruppen die bisherige Stufe 1 weg. Das führt zu einer Erhöhung der Einkommen in dieser Stufe vor allem für EinsteigerInnen um gut 10 %. Ähnliches gilt für die unteren und mittleren Einkommensgruppen. Dort betragen die Zuwächse bis zu 12 %.

Ausbildungsvergütungen

Auszubildende erhalten jeweils zum 1. März eine Erhöhung der Vergütungen um 50 €. Ihr Urlaub wird auf 30 Tage im Jahr angehoben. Das führt zu einer Gleichstellung mit den anderen Beschäftigten. Die bisherige Übernahmeregelung nach dem Ausbildungsende wird wieder in Kraft gesetzt. Eine weitgehende Übernahmegarantie ist die Folge.

Für den betrieblich-schulischen Bereich des Gesundheitssektors, in dem bisher keine Auszubildenden gezahlt werden, ist die Aufnahme von Tarifverhandlungen vereinbart.

SchülerInnen in praxisbezogenen Ausbildungsgängen zu ErzieherInnen werden ab dem 1. März 2018 erstmals vom Tarifvertrag erfasst.

Gesundheitswesen

Für die Beschäftigten in den Krankenhäusern wurde eine Son-

dervereinbarung getroffen. Nach den geplanten Gesetzesänderungen zur Krankenhausfinanzierung werden Verhandlungen über folgende Punkte aufgenommen:

- Erhöhung der Zeitzuschläge bei Samstagsarbeit
- Einrechnung der Pausen in die Arbeitszeit bei Wechselschicht
- Überstundenzuschläge für Teilzeitbeschäftigte in Wechselschicht. Von 2019 – 2021 gibt es jeweils einen zusätzlichen Urlaubstag bei Wechselschichtarbeit.

Fazit

Insgesamt bringt dieser Abschluss für viele Beschäftigte sicherlich erhebliche Einkommenszuwächse oder andere positive Regelungen. Aber die Diskrepanz zwischen den Forderungen und dem Ergebnis wird dieses Mal besonders deutlich. Diese Kritik betrifft nicht nur die lange Laufzeit.

Es wurde erneut sichtbar, dass die Führung von ver.di es nicht auf eine wirkliche Kraftprobe ankommen lassen will. Nur ein Streik hätte den erforderlichen Druck zur Durchsetzung der eigenen Forderungen ermöglicht.

Die Inszenierung in diesem Jahr zielte darauf ab, in der dritten Verhandlungsrunde zu einem Ergebnis zu kommen. Dies ist dann auch gelungen. Allerdings war der Preis dafür, dass sich inhaltlich die kommunalen „Arbeitgeber“ durchgesetzt haben. ■



Kundgebung von ver.di am 11. April 2018 in Mannheim.

Foto: Avanti².

Betriebsratswahlen 2018 (Teil II)

Erfolge sind machbar

H. N.

Noch bis zum 31. Mai finden die Betriebsratswahlen 2018 statt. Nur eine Minderheit der Beschäftigten – in Westdeutschland 43 % und lediglich noch 33 % in Ostdeutschland – wird von einem Betriebsrat (BR) vertreten.

Wir haben bereits in der April-Ausgabe von *Avanti*² über illegale Versuche berichtet, Betriebsratskandidaturen zu be- oder zu verhindern. Die folgende Darstellung haben wir zum Schutz der betroffenen KollegInnen anonymisiert.

Der Geschäftsleitung, ihren hochbezahlten Beratern und den unternehmensnahen „Betriebsräten“ war es bereits im Vorfeld der Listeneinreichung gelungen, die Kandidatur der *Konsequenzen* massiv zu bekämpfen. Einer ihrer Kandidaten wurde von ihnen so sehr unter Druck gesetzt, dass er gegen eine geringe Abfindung aus dem Betrieb ausschied.

Dennoch vermochten die BR-Mobber nicht, die Zulassung der Liste für konsequente Betriebsratsarbeit durch den Wahlvorstand zu torpedieren.

Das hielt sie aber nicht davon ab, jetzt Ruhe zu geben. Ganz im Gegenteil! Schließlich ging es darum, die im Unternehmen seit Jahren übliche Missachtung von Bestimmungen etwa des Betriebsverfassungsgesetzes und der Tarifverträge auch für die Zukunft abzusichern. Die Profitsteigerung soll auch weiterhin gegen die Interessen der Belegschaft zementiert werden.

Das Management und seine Helferhelfer hatten offenbar genau die KollegInnen der unliebsamen Liste analysiert. Sie schüchterten einen weiteren Kandidaten ein, und sie setzten ihn so sehr unter Druck, dass er seinen Rückzug von der Liste der *Konsequenzen* erklärte.

Illegale Aktionen

Bereits kurz danach wurden die Wahlplakate unserer KollegInnen mit anonymen Zetteln überklebt. Es stand dort zu lesen, dass auch der Kandidat Hans-Peter Tillmann (Name geändert) von der Liste der *Konsequenzen* nicht mehr zu den Betriebsratswahlen antreten werde.

Das Ziel dieser gesetzeswidrigen Aktion war klar. Zum einen sollte die Glaubwürdigkeit der Liste für konsequente Betriebsratsarbeit in der Belegschaft erschüttert werden. Zum anderen sollte das ein weiteres betriebsöffentliches Warnzeichen sein – nach dem Motto: Leute haltet Euch endlich von dieser Liste fern!

Gleichzeitig war unübersehbar, dass die Nervosität der unternehmensnahen „Betriebsräte“ immer mehr wuchs. Lange Zeit hatten sie keine eigenen Wahlplakate für erforderlich gehalten. Wenige Tage vor dem Termin der Betriebsratswahlen ließen sie jedoch die Info-Tafeln bestücken. Im gesamten Werk war nun zu lesen: „Wollt Ihr wirklich ein gut funktionierendes Team zerstören? **NEIN**, dann wählt Liste 1“.

Der Personalchef setzte zudem persönlich seine Einschüchterungspolitik fort. Er verfolgte ständig Maria Helfer (Name geändert) und ihre UnterstützerInnen im Werk. Damit versuchte er, nicht nur Diskussionen in der Belegschaft zu unterbinden, sondern

er forderte massiv von den *Konsequenzen*, nicht länger als zwei Stunden am Tag Wahlkampf zu betreiben.

Gewerkschaftliche Hilfslosigkeit

Die örtliche Gewerkschaft ist kontinuierlich über alle Vorgänge informiert worden. Dennoch kam von den zuständigen Sekretären praktisch keine Unterstützung für die bedrängten KollegInnen. Das spricht für sich. Es zeigt, dass viele Hauptamtliche mit Auseinandersetzungen wie diesen völlig überfordert sind.

Die verantwortlichen Gewerkschaftsstrukturen sind gut beraten, endlich die zunehmende Bedrohung von betrieblichen Interessenvertretungen zu erkennen und ernst zu nehmen. Es ist ihre Pflicht, konsequente, praktisch wirksamen Widerstand zu organisieren.

Nur sehr wenige Menschen können dem BR-Mobbing lange Zeit stand halten. Zudem ist der Preis, den sie für ihre Verteidigung der Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz zahlen müssen, sehr hoch - zu hoch!

Im hier geschilderten Fall gelang es jedoch der Liste der *Konsequenzen*, in den Betriebsrat einzuziehen. Das ist ein enormer Erfolg. Er war nur unter besonderen Bedingungen möglich.

Einerseits haben unsere KollegInnen nie das Vertrauen in ihre eigene Kraft verloren. Andererseits konnten sie sich auf ihre UnterstützerInnen innerhalb und außerhalb des Betriebes verlassen.

Erfolge sind machbar! ■

Aus der Dokumentation der 4. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ 2017. (Alle Rechte vorbehalten.)

BETRIEBSRATS MOBBING

DIE 10 SCHRITTE ZUR BESEITIGUNG DES BETRIEBSRATS



Kandel

Brauner Spuk ohne Ende?

O. T.

Schon seit längerem ist Kandel in das Visier rechtsextremer Gruppen geraten. Sie nehmen den mutmaßlichen Mord an der 15-jährigen Mia zum Anlass, um Stimmung gegen Geflüchtete zu machen. Das Mädchen war im vergangenen Dezember von ihrem afghanischen Ex-Freund erstochen worden.

Am 3. März hatte ein Bündnis um die AfD bundesweit zu einer Demo nach Kandel mobilisiert. Rund 3.500 Personen, davon viele aus dem rechtsextremen und faschistischen Lager, waren damals dem Aufruf gefolgt.

Am Samstag, den 24. März, hatte die AfD abermals zu einer Großdemonstration in Kandel gegen Geflüchtete aufgerufen. Diesmal kamen allerdings gut doppelt so viele GegendemonstrantInnen wie Rechte.

Dem Bündnis „Wir sind Kandel“ und der Antifa war es gelungen, ein breites Spektrum von NazigegnerInnen zu mobilisieren. Darunter befanden sich Gewerkschaften, politische Parteien und VertreterInnen der Landesregierung wie Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

Insgesamt dürften es um die 2.500 Menschen gewesen sein, die sich den rund 1.200 UnterstützerInnen des rassistischen Bündnisses „Kandel ist überall“ entgegengestellt haben. Insofern war die Demo vom 24. März auf jeden Fall ein Fortschritt.

Kein Fortschritt war es, dass sich mehrere Redner des Bündnisses „Wir sind Kandel“ für eine Spaltung des Widerstandes gegen Rassismus und Faschismus bzw. für eine Gleichsetzung von rechts und links aussprachen.

Der Bürgermeister von Kandel, Günther Tieleböcker (SPD), tonte etwa: „Wir lassen es nicht mehr zu, dass Kandel von extremistischen Gruppen, ob links oder rechts, missbraucht wird.“ Der CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Gebhart äußerte sich ähnlich: „Radikale Parolen dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben – egal von wo sie kommen.“

Dem widersprachen lediglich Katrin Werner, Landesvorsitzende der Linkspartei, und der Sprecher der Band „Strom und Wasser“, die den kulturellen Teil der Kundgebung abdeckte.

Polizei provoziert

Etwa 1.000 PolizistInnen waren aufgeboten, die beiden gegensätzlichen Demos getrennt zu halten. Wobei sich die Polizei ganz offensichtlich vor allem um die Behinderung von Aktiven der Antifa kümmerte, die sich dem Bündnis „Wir sind Kandel“ angeschlossen hatten.

Mit lärmenden Lautsprecherdurchsagen, die die Kundgebung des Bündnisses „Wir sind Kandel“ übertönten, wurden unter anderem zu hoch gehaltene oder verknotete Transparente moniert. Die Polizei wies darauf hin, dass dies ausreichend sei, um die Demo aufzulösen. Diese Ankündigung empfanden selbst viele Demo-TeilnehmerInnen aus dem bürgerlichen Lager als Provokation.

Später kam es dann auch zu Pfeffer-spray- und Schlagstockeinsätzen, weil Böller und Flaschen gegen die Polizei geworfen worden wären. Vier Antifa-AktivistInnen sollen festgenommen worden sein.

Proteste fortgesetzt

Bereits am 7. April organisierte das rechte „Frauenbündnis Kandel“ eine weitere Demonstration mit angeblich rund 800

Personen in dem südpfälzischen Ort.

Der Protest dagegen blieb nicht aus, auch wenn Mahnwachen vom Ordnungsamt Germersheim nicht wie angemeldet genehmigt wurden.

Ein Skandal ist insbesondere das Verhalten der Bundespolizei gewesen. Sie hatte einen Zug in Wörth drei Stunden lang gestoppt. Die Weiterfahrt von rund 150 AntifaschistInnen nach Kandel und ihre Teilnahme an den antirassistischen Protesten wurde so verhindert. Dies war eine klare Verletzung ihres Grundrechts auf Demonstration, die offenbar folgenlos bleiben soll.

Auch in Kandel selbst stieß das Agieren der Polizei vielen Anwesenden sauer auf. Sie verschaffte nicht nur NPD- und AfD-Leuten, sondern auch pöbelnden Hooligans den direkten Zugang zum örtlichen Marktplatz.

Trotz aller Behinderungen durch die Staatsmacht beteiligten sich etwa 400 Menschen an den Kundgebungen gegen die rechte Hetze. Es ist keine Frage, dass der Widerstand gegen braune Menschenverachtung und gegen Rassismus weitergeführt werden muss. ■



Demo gegen Naziaufmarsch am 24. März 2018 in Kandel.

Foto: Avanti?

Solidarität mit Afrin!

E. B.

Am 14. April 2018 hatte das Mannheimer Bündnis „Nein zum Krieg – Solidarität mit Afrin“ erneut zu einer Demonstration aufgerufen. Nach Angaben der VeranstalterInnen beteiligten sich rund 600 Menschen.

Auf ihrem Weg vom Schloss zum Alten Meßplatz wurden sie von einem massiven Polizeiaufgebot umringt. Dennoch (oder deswegen?) nahmen viele PassantInnen sehr aufmerksam das Anliegen des Protestmarsches wahr. AnhängerInnen und Spitzel des Erdogan-Regimes filmten und fotografierten die Demonstrierenden

praktisch ohne Unterbrechung. Ein Schelm, wer da an grundgesetzwidrige Einschüchterung denkt.

Wir dokumentieren im Folgenden die Erklärung der Initiative „Nein zum Krieg – Solidarität mit Afrin“. Ihr gehören 40 Organisationen an – darunter auch die ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar. ■

Demonstration „Rückzug der türkischen Streitkräfte aus den kurdischen Gebieten in Nordsyrien – Solidarität mit Afrin!“ setzt ein Zeichen für Friedenslösung.

Das Polizeiaufgebot war martialisch und sollte nach Auskunft der Polizei mögliche Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Aktivisten und türkischen Nationalisten verhindern. Die Menschen der Demonstration verhielten sich friedlich. Seitens türkischer Nationalisten gab es vereinzelte verbale Provokationen. Einige Menschen wohl türkischer Herkunft filmten ungestört am Straßenrand die Teilnehmer der Demonstration. Es ist anzunehmen, dass dieses Filmmaterial in Ankara landen wird. Die Auflagen bzgl. dem „Verbot des Werbens für die PKK“ wurde von den Veranstaltern eingehalten. Es wurden keine Fahnen „mit PKK-Bezug“ und keine Bilder von Abdullah Öcalan gezeigt. Wir halten das Polizeiaufgebot für weit überdimensioniert, und es wirkte abschreckend auf die Öffentlichkeit.

Zum Angriffskrieg der Türkei erklären wir:

Der Angriff ist barbarisch und trifft eine Region, die bisher weitgehend von dem kriegerischen Geschehen in Syrien verschont blieb. Tausende Menschen wurden getötet oder verwundet. Hunderttausende wurden zu Flüchtlingen gemacht.

Der Krieg ist gegen die Selbstverwaltung der kurdischen Gebiete in Afrin und Rojava gerichtet. Die Selbstverwaltung ist friedlich, demokratisch, ökologisch und basiert auf der Gleichheit von Frauen und Männern sowie der Gleichheit der Religionen und Nationalitäten.

Angesichts dieser Tatsachen fragen wir uns: Wo ist der Protest der Weltmächte, der EU und Deutschlands?

Syriens Machthaber Assad und Russland wird wegen des Kriegs in Syrien die Schuld gegeben. Wo aber bleibt die Verantwortung derjenigen Mächte, die der Türkei mit Waffenexporten diesen Krieg erst ermöglicht haben? Wo bleibt die Verantwortung derjenigen, die mit den Waffenexporten nicht nur die Türkei, sondern Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten zu Unterstützern der dschihadistischen Terrormilizen gemacht haben?

Wir sagen: Schluss damit! Nein zum Krieg – für politische statt militärische Lösungen! Die Türkei muss sich aus den besetzten Gebieten in Nordsyrien zurückziehen. Die Rüstungsexporte an die Türkei müssen umgehend beendet werden. Die Selbstverwaltung in den kurdischen Gebieten in Afrin und Rojava muss Teil einer Friedenslösung sein!

Für diese Ziele treten wir ein und werden weiterhin die Öffentlichkeit informieren und mobilisieren.

Initiative „Nein zum Krieg – Solidarität mit Afrin“ Mannheim, 14. April 2018 ■

„Demokratie und Selbstverwaltung? Das ist möglich.“

Berichte aus Rojava (Nordsyrien)

Veranstaltung am FR, 18.05.2018, 19:00 Uhr

DGB-Jugendraum (EG) im Gewerkschaftshaus MA, Hans-Böckler-Str. 3

VeranstalterInnen:

ISO/IV. Internationale Rhein-Neckar mit Unterstützung von Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ MA, attac MA, DIDF MA, DIDF-Jugend MA, IG BCE OG Weinheim, Initiative „Nein zum Krieg - Solidarität mit Afrin“ MA, Kurdische Frauenorganisation Ronahi Berivan-Frauenrat LU/MA (Stand 27.04.2018).

Nein zum Krieg!

Mit 85 auf der Demo

S. W.

Die sicherlich älteste Teilnehmerin der Mannheimer Demo „Nein zum Krieg! Solidarität mit Afrin!“ zählte 85 Jahre. Wir fragten sie, warum sie sich in diesem hohen Alter noch an Protesten gegen den Krieg beteilige. Sie erzählte uns bereitwillig ihre Geschichte. Wir geben sie hier wieder.

Geboren wurde ich im Jahr 1933. Infolgedessen erlebte ich die Nazizeit und den Untergang des „1000-jährigen Reichs“ als Kind. Während des Krieges brachte mich meine Mutter von Berlin, wo wir lebten, zu Verwandten auf das Land. So entkam ich den massiven Bombardierungen der Hauptstadt. Zum Zeitpunkt der Zerschlagung des Faschismus war ich 13 Jahre alt.

Nach Kriegsende holte mich meine Mutter wieder nach Berlin zurück. Die Stadt lag zu großen Teilen in Schutt und Asche. Auch unsere Wohnung war „ausgebombt“, wie es damals hieß. Deshalb kam ich zunächst bei einer befreundeten Familie unter. Allmählich begann der Wiederaufbau. Selbst vielen ehemaligen Nazi-Anhängern dämmerte es, dass es nie wieder Krieg dürfen gebe.

Der CDU-Politiker Konrad Adenauer sagte damals, dass wir auch „braunes Wasser“ bräuchten. Als Mädchen war mir seinerzeit nicht klar, was er damit meinte. Erst später verstand ich, dass er alte Nazis – nicht nur – in die Politik zurückholen wollte. Viele wurden reingewaschen, trotz ihrer Beteiligung am Faschismus. Viele wie Globke oder Kiesinger besetzten in der Bundesrepublik wichtige politische Positionen.

Als junge Frau unterstützte ich die Ostermärsche. Auch in der Gewerkschaft engagierte ich mich bald und bin seit Jahrzehnten ihr Mitglied.

Die Widerbewaffnung der Bundesrepublik und der Aufbau der Bundeswehr unter Kanzler Konrad Adenauer wurde uns als Verteidigungsmaßnahme verkauft. In Wirklichkeit war sie im Rahmen der NATO von Anfang auf die „Vorwärtsverteidigung“ ausgerichtet. Ich fragte mich, wozu die Armee Fahrzeuge braucht, die auch bei extremen Temperaturen einsatzfähig sind.

Ich verstehe mich nicht als Kommunistin, sondern als Humanistin. Ich glaube an das Gute im Leben und in der Welt. Ich liebe Pflanzen, besonders mit kleinen, zarten Blüten. Ich freue mich über ihre leuchtenden Farben und ihren Duft.

Mein bester Freund rief mich am 14. April an und erzählte mir, dass die USA, Britannien und Frankreich einen Raketenangriff auf Syrien durchgeführt hätten. Er fragte mich, ob ich mit zur Demo „Nein zum Krieg – Solidarität mit Afrin“ gehen würde. Eigentlich wollte er ja erst selbst nicht daran teilnehmen, weil er gerade sein Motorrad aus der Inspektion zurückbekommen hatte.

Ich sagte ihm zu, und er holte mich ab. Wir kamen am Schlosshof an und sahen mehr Polizisten als Demonstranten. Ich bin sehr erschrocken gewesen. Ich fragte mich, warum interessiert der Krieg so wenige Menschen. Es geht hier doch um gefährliche Interessenkonflikte in Syrien, es geht um eine Aufrüstungs- und

Kriegs-Spirale.

Zum Auftakt der Kundgebung waren wir vielleicht 200, nach der Auftaktkundgebung kamen vielleicht noch etwa 300 dazu. Ich lief – gestützt auf meinen Stock – im Demonstrationszug mit. Bevor wir den Platz der Abschlusskundgebung erreichten, brauchte ich eine Pause.

Wir setzten uns in ein Straßencafé. Fast alle Plätze waren belegt. Viele Menschen waren mit ihrem „Smartphone“ beschäftigt. Fast keiner nahm Notiz von der Demo. Was geht in diesen Menschen vor? Sind wir nicht in Gefahr, von weiteren Kriegen bedroht zu werden? Ist es nicht an der Zeit, sich mehr zu engagieren? ■



Vor der Demo gegen den Krieg am 14. April 2018 in Mannheim. Foto: Paula.

Pakistan

Sozialer Widerstand im Fadenkreuz von Militär und Fundamentalisten

K. M. / T. R.

In Pakistan leben 210 Millionen EinwohnerInnen. Es ist das Land mit der fünftgrößten Bevölkerung der Erde. Unter den Staaten mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit ist es der zweitgrößte.

Deutschland ist einer von Pakistans wichtigsten Handelspartnern. Maschinen, chemische Erzeugnisse und Metalle werden nach dort exportiert, Textilien und landwirtschaftliche Erzeugnisse hierher importiert.

Seit der im Jahr 1947 erlangten Unabhängigkeit hat es in Pakistan vier Militärdiktaturen gegeben. Relativ kurz waren die Perioden demokratisch gewählter Regierungen. Die Afghanistan-Kriege haben Millionen Menschen in die Flucht getrieben. Das Entstehen der Taliban-Bewegung und die bis heute andauernden Drohnen-Angriffe des US-Militärs sind weitere schwerwiegende Probleme. Alle diese Faktoren haben zur Destabilisierung und Polarisierung im Lande beigetragen.

Die bisher letzte Militärdiktatur wurde 2008 durch eine ursprünglich von Anwälten initiierte Bewegung beendet, die von immer größeren Bevölkerungskreisen unterstützt worden war. Da die derzeitige zivile Regierung in eine zunehmend massivere Krise geraten ist, versucht das Militär, wieder an Einfluss zu gewinnen. Kürzlich erfolgte die Absetzung des gewählten Ministerpräsidenten durch den Obersten Gerichtshof. Das ist ein großer Schritt auf dem Weg in eine erneute Militärherrschaft.

Unterdrückung

Die alltägliche Repression ist in Pakistan vielfältig und erschreckend. Die Bandbreite reicht vom Verschwindenlassen von AktivistInnen bis hin zu Lynchmorden. Es gibt manipulierte Prozesse

unter dem Deckmantel des „Krieges gegen den Terror“ mit drakonischen Strafen. Auch der Missbrauch der „Blasphemie-Gesetzgebung“ ist eine der Methoden zur Verfolgung kritischer Kräfte.

Zu den jüngsten Opfern der Unterdrückung in Pakistan zählen der Umwelt- und Bürgerrechtsaktivist Baba Jan aus Gilgit Baltistan ebenso wie die Führung der BäuerInnenbewegung auf den Militärfarmen von Okara.

Unter diesen bedrohlichen Bedingungen sind die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der pakistanischen ArbeiterInnenbewegung aktiv.

Doch wo Druck ist, dort wächst auch Widerstand.

Widerstand

Es gibt gewerkschaftliche Aktionen gegen die Privatisierungen etwa der staatlichen Fluggesellschaft PIA und des größten Stahlherstellers PSM. Organisierte KollegInnen setzen sich für eine Anhebung des Mindestlohns und die Einhaltung von Arbeitssicherheitsbestimmungen ein. Die lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen in Pakistan wurden 2012 weltweit bekannt, als es zu verheerenden Bränden in Textil- und Schuhfabriken kam.

Eine BäuerInnenbewegung protestiert gegen Landraub durch die Armee. Die Selbstorganisation von Frauen macht Front gegen ihre extreme Benachteiligung in allen Lebensbereichen. Solidaritätsaktionen mit ethnischen und religiösen Minderheiten wenden sich gegen deren brutale Diskriminierung. Nicht zuletzt werden auch Friedenszüge gegen die Kriegstreiberei zwischen Pakistan und Indien organisiert.

Alle diese Bewegungen gehören zu dem breiten Spektrum sozialer Proteste gegen Repression und Ausbeutung.

Im Mannheimer Gewerkschaftshaus findet am Mittwoch, dem 30. Mai 2018, um 19:00 Uhr eine interessante Veranstaltung zu den aktuellen Entwicklungen in Pakistan statt. Sie wird vom Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“, der Mannheimer IG Metall, von Attac und anderen unterstützt.

Der Referent, Farooq Tariq, hat den Gewerkschaftsdachverband Pakistan Workers Confederation mitbegründet. Seit Jahrzehnten ist er in zahlreichen sozialen Bewegungen aktiv. Wegen seines Engagements ist er von pakistanischen Militärregierungen exiliert und inhaftiert worden. ■

Im Fadenkreuz von Militär und Fundamentalisten

Was gehen uns soziale
Bewegungen in Pakistan an?

Veranstaltung

mit Farooq Tariq (Pakistan)

MI, 30.05.2018, 19:00 Uhr

Gewerkschaftshaus Mannheim

Hans-Böckler-Str. 1

Saal Willi Bleicher - Eugen Loderer

Aktionsbündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Mit freundlicher Unterstützung von IG Metall Mannheim sowie attac Mannheim, Zukunftsforum Gewerkschaften Rhein-Neckar u.a. (Stand 29.04.2018)



Frauenproteste in Pakistan.

Foto: Avant?

200 Jahre Karl Marx (Teil IV)

Ein Demokrat wird Kommunist

MANUEL KELLNER

Friedrich Engels schreibt im April 1895, er habe „von Marx immer gehört, gerade durch seine Beschäftigung mit den Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz [...] sei er von der bloßen Politik auf ökonomische Verhältnisse verwiesen worden und so zum Sozialismus gekommen.“

Marx' Artikel der Jahre 1842/43 in der *Rheinischen Zeitung* bestätigen das. Er schreibt zu den Debatten des Rheinischen Landtags über das Holzdiebstahlsgesetz: „Gleich im Beginn der Debatte opponiert ein Stadtdeputierter gegen die *Überschrift* des Gesetzes, wodurch die Kategorie ‚*Diebstahl*‘ auf einfache Holzfrevel ausgedehnt wird. Ein Deputierter der Ritterschaft erwidert: ‚dass eben, weil man es nicht für einen Diebstahl halte, Holz zu entwenden, dies so häufig geschehe‘. Nach dieser Analogie müsste derselbe Gesetzgeber schließen: weil man eine Ohrfeige für keinen Totschlag hält, darum sind die Ohrfeigen so häufig. Man dekretiere also, dass eine Ohrfeige ein Totschlag ist.“

Der Landtag stellt im Interesse der Waldeigentümer das bloße Sammeln von abgefallenem Holz als „Diebstahl“ auf die gleiche Stufe mit dem Abhauen und Entwenden von stehendem grünen Holz. Marx weist nach, dass sogar die „hochnotpeinliche Halsgerichtsordnung“ des 16. Jahrhunderts mit den Ärmsten der Armen glimpflicher umging und etwa den Mundraub von Früchten nur als eine Art von Ordnungswidrigkeit ansah.

Die Waldeigentümer besitzen den Baum, aber nicht die Äste und Zweige, die die Natur selbst vom Baum getrennt hat, argumentiert Marx, und so „lügt das Gesetz, und der Arme wird einer gesetzlichen Lüge geopfert“. So wird die Legitimität der Gesetze untergraben: „Das Volk sieht die Strafe, aber es sieht nicht das Verbrechen, und weil es die Strafe sieht, wo kein Verbrechen ist, wird es schon darum kein Verbrechen sehen, wo die Strafe ist.“

Marx setzt sich für die Gewohnheitsrechte der Armen ein, die sie wahrnehmen, um ihre Not zu lindern, während die Eigentümer ihre Privatinteressen rücksichtslos gegen sie durchsetzen. Sogar das Sammeln von Waldbeeren durch Kinder armer Leute

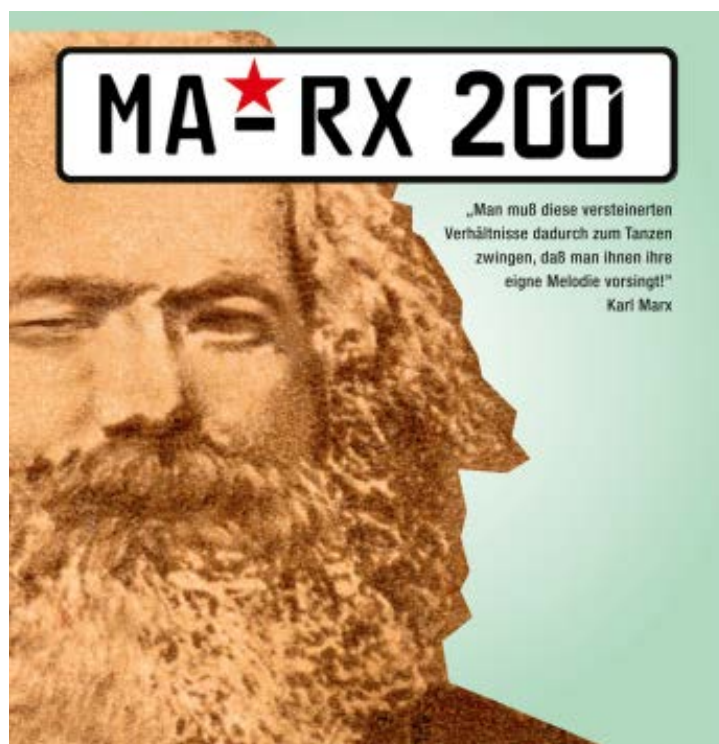
soll zum „Diebstahl“ erklärt werden mit dem Argument eines Abgeordneten, in dessen Gegend solche Früchte bereits Handelsartikel seien: „Man hat es wirklich schon an *einem* Ort so weit gebracht, aus einem Gewohnheitsrecht der Armen ein *Monopol* der Reichen zu machen. Der erschöpfende Beweis ist geliefert, dass man ein Gemeingut monopolisieren kann; es folgt daher von selbst, dass man es monopolisieren muss.“ Und wie systematisch werden gerade heute alle verblieben Gemeingüter zum Monopol des Privateigentums und seines Eigennutzes gemacht!

Marx zeigt, wie die Verwalter der Eigentümer sogar die Höhe der Entschädigungen festlegen sollen! Er fragt auch, ob nicht „alles Privateigentum Diebstahl“ sei, da es „jeden Dritten“ von diesem Eigentum „ausschließe“ (MEW 1, S. 113) und stellt fest, dass im Landtag „das Interesse das

Recht überstimmt“ (MEW 1, S. 146) hat. Nichts Provinzielles, sondern Universelles steht zur Debatte: „Holz bleibt Holz in Sibirien wie in Frankreich; Waldeigentümer bleibt Waldeigentümer in Kamtschatka wie in der Rheinprovinz.“

Marx war als Redakteur der *Rheinischen Zeitung* noch nicht Kommunist und schrieb 1858, er habe sich damals gegen ein „stümperhaftes“ Aufgreifen französischer sozialistischer und kommunistischer Ideen ausgesprochen, „gestand aber zugleich [...] rundheraus, dass meine bisherigen Studien mir nicht erlaubten, irgendein Urteil über den Inhalt der französischen Richtungen zu wagen.“

Er studierte diese „Richtungen“ dann gründlich und verstand sich 1843/1844 als kommunistischer Anhänger einer menschlichen Emanzipation, deren „Kopf die Philosophie“ und deren „Herz das Proletariat“ sei. ■



HERAUS ZUM FESTUMZUG
SO, 6. MAI 2018, 15 UHR
MANNHEIM-ALMENHOF

Start, 15 Uhr: Ecke Freiheitsplatz/Karl-Marx-Straße
 Abschlusskundgebung, 17 Uhr: Achtundvierziger Platz

Veranstalter »Festkomitee Karl Marx« c/o Michael Lapp, Karl-Marx-Straße / Mail: mchlapp5@aol.com

Weitere Veranstaltungen in Mannheim rund um den 200sten Geburtstag von Karl Marx



Film: „Der junge Karl Marx“ (B, D, F, 2017, Regie: Raoul Peck) mit einer Einführung zum Thema

Im Jahr 1843 wird der junge Karl Marx ins Exil getrieben und geht gemeinsam mit seiner Frau Jenny nach Paris. Dort vertieft sich die Bekanntschaft mit Pierre-Joseph Proudhon und Friedrich Engels. Engels hat kurz zuvor seine Studie über die elenden Lebensbedingungen der englischen Arbeiterklasse veröffentlicht. Nach anfänglichen Schwierigkeiten freunden die beiden sich an und beginnen ihre gemeinsame Arbeit. Es gelingt ihnen, das Vertrauen der Vertreter des „Bundes der Gerechten“ zu erhalten und für diesen ein Parteiprogramm zu schreiben: Das Manifest der Kommunistischen Partei. Bei der entscheidenden Versammlung erreichen sie die Umbenennung in den Bund der Kommunisten und die Annahme des neuen Programms.

Sonntag, 20. Mai, 19:30 Uhr, **Cinema Quadrat**. Collini-Straße 1, 68161 Mannheim. Eine Veranstaltung von Cinema Quadrat und Festkomitee Karl Marx



Fahrt zur Karl-Marx-Ausstellung in Trier

Vom 5. Mai - 21. Okt. findet in Trier die große Landesausstellung zu Leben und Werk Karl Marx statt. Träger sind das Land Rheinland-Pfalz und die Stadt Trier.

Der Mannheimer DGB bietet für Sonntag, den 10. 6. eine Busfahrt zum gemeinsamen Besuch (inklusive Führung) dieser Ausstellung an. Abfahrt ist 7:30 Uhr ab Gewerkschaftshaus Mannheim, Hans-Böckler-Straße 3. Die Rückkehr ist gegen 21 Uhr geplant.

Anmeldungen über DGB: Tel: 0621 15047019



Sonntag, 10. Juni – Abfahrt: 7:30 Uhr, ab Gewerkschaftshaus Mannheim

Der Festumzug am 6. Mai wird unterstützt von:

IG Metall Mannheim sowie von Aktionsbündnis "Wir zahlen nicht für Eure Krise!" Mannheim, Antikapitalistisches Bündnis Mannheim, attac Mannheim, dieLinke.SDS, DGB-Jugend Mannheim, DIDF Mannheim, DIDF-Jugend Mannheim, DIE LINKE Kreisverband Mannheim, ISO / IV. Internationale Rhein-Neckar, linksjugend [solid], sdaj Mannheim, SPD-Ortsverein Neckarau-Almenhof-Niederfeld (Stand 10. 4. 2018)

Von Müntzer zu Marx

Interview mit Bernd Köhler

Wir sprachen mit dem Mannheimer Künstler über seine Inszenierung „O Heiland, reiss die Himmel auf“ und darüber, was Karl Marx uns heute noch zu sagen hat.

Du hast gemeinsam mit ewo² im letzten November die Veranstaltung „1917 – Als sich alles änderte“ musikalisch begleitet und vor allem den beeindruckenden Abend „O Heiland, reiß die Himmel auf“ zu Luther und Müntzer organisiert. Was motiviert Dich, die künstlerische Auseinandersetzung mit einer scheinbar lange zurückliegenden Vergangenheit zu suchen?

Ich denke, man kann die Heutzeit mit ihren wachsenden Unsicherheiten und politischen Abgründen nur verstehen und einordnen, wenn man auch etwas über die Menschheitsgeschichte überhaupt weiß. Ich verbinde also meine eigene historische Erkenntnisarbeit mit

künstlerischen Projekten die, wie ich hoffe, auch anderen Menschen einen sinnlichen und sinnigen Zugang zu historischen Themen verschaffen, inklusive der Bezüge zur Heutzeit.

Gerade das 16. Jahrhundert, mit seinen gewaltigen religiösen, technologischen, politischen und kulturellen Um- und Aufbrüchen hat viele Parallelen zu unserer heutigen Epoche. In der Aufführung ging es mir darum, den Widerspruch zwischen einem reformatorischen und einem revolutionär-radikalen Ansatz politischer Veränderung herauszuarbeiten. Mit einer Montage authentischer Aussagen, mit Liedern, Bildern und historischen Dokumenten. Als Lehrstück darüber, wie und warum sich Menschen so oder so in gesellschaftlichen Umbrüchen verhalten. Konkret ging es um das Verhältnis von Luther und Müntzer gegenüber den revoltierenden Bauern und Luthers Schwenk von einem Verständnis für die Aufständischen zu deren Todfeind.

Ist die Niederschlagung der Bauernaufstände des 16. Jahrhunderts durch die damals Herrschenden oder die Vernichtung des freiheitlichen Erbes der Oktoberrevolution durch den Stalinismus kein Grund, sich von Aufbruchversuchen hin zu einer Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu verabschieden?

Es war eine Grundbotschaft der Inszenierung, dass es ohne den Aufstand der Bauern, ohne die Organisationsformen, die sie in diesen Auseinandersetzungen entwickelten und ohne deren gewachsenes demokratisches Selbstbewusstsein, das sich u. a. in den „12 Artikeln“ formulierte, dass es also ohne diese kulturelle und politische Vorlage des 16. Jahrhunderts keine Aufklärung, keine französische Revolution, kein 1848 und keine Oktoberrevolution gegeben hätte. Die demokratischen Errungenschaften die wir heute haben, sind auch ein Ergebnis dieser Aufstände und Revolutionen.

Was unsere derzeit dominierende Wirtschafts- und Gesellschaftsform betrifft, so farbenfroh leicht und beschwingt der Kapitalismus sich auch gibt, so lecker er



Bernd Köhler am 16. Januar 2018 im Mannheimer Gewerkschaftshaus.

beim ersten Bissen schmeckt, ist und bleibt er doch ein ganz schlechter Wechsel auf ein menschenwürdiges Leben oder eine friedliche Zukunft. Ist er doch die Ursache stetiger Zerstörung, Unruhe und Ungewissheit. Daraus generiert sich das „Immer Mehr“ an Profit. Die Kolleginnen und Kollegen von GE, früher Alstom, in Mannheim, können ein Lied von dieser Unlogik singen. Das Elend der Arbeitendenbewegung war, dass sie es nie geschafft hat ihre Ideale über längere Zeit real umzusetzen, entweder weil sie sich korrumpieren lies oder weil sie gewaltsam niedergeschlagen wurde.

Nun stehen in der nächsten Zeit weitere historische Jubiläen an – zum Beispiel der 200. Geburtstag von Karl Marx oder 100 Jahre Novemberrevolution. Hast Du in diesem Zusammenhang auch wieder künstlerische Pläne?

Zum 200. Geburtstag von Karl Marx unterstütze ich aktiv die Initiative für einen bunt-aufklärerischen Festumzug durch den Mannheimer Stadtteil Almenhof, der durch Strassennamen die sich auf die Revolution von 1848 beziehen, geprägt ist.

Die Idee ist, dass viele Menschen, Gruppen, Organisationen, die mit der Systemkritik von Marx etwas anfangen können, ihre Ansichten und Ideen in der Art einer künstlerischen Intervention auf die Straße bringen. Al-

so nicht einfach nur Demo, sondern anschaulicher, illustrierter, satirischer, grotesker und bunter. Mit kleinen Objekten, Fahnen, mobilen Inszenierungen, Masken, Schwellköpfen oder Puppen, auf Stelzen oder mit Rettungsreifen. Hauptsache im Bezug zu Aussagen von Karl Marx. Dazu Schallmeienmusik, gesprochene oder gesungene Chöre usw. Das Grundmotto der Aktion, nach einem Zitat von Karl Marx – „Man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, daß man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!“ –, bietet ja schon jede Menge Anregung.

Feiern wir also am 6. Mai ein besonderes Geburtstagsfest für einen besonderen Menschen. Einen Revolutionär, der mit seinen Erkenntnissen und Ideen nicht nur die Ökonomie und Philosophie radikal veränderte, sondern auch gemäß seinem Motto – „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern!“ – selbst aktiv dafür eintrat.

Beginn der Aktion ist am 6. Mai, 15 Uhr an der Ecke Freiheitsplatz/Karl-Marx-Straße. Der Umzug endet auf dem Achtundvierziger Platz, benannt nach der Revolution von 1848, in der Mitte des Almenhofs.

[Die Fragen stellte W.A.] ■



„O Heiland, reiss die Himmel auf“ in der Lutherkirche Mannheim am 25. November 2017.

Lob der Dialektik

*Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:
Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.
Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?*

*Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen,
Und aus Niemals wird: Heute noch!*

Bertolt Brecht

Zitat nach Bertolt Brecht, Gesammelte Werke, Bd. XI, S. 237 f.
Lob der Dialektik. ■



„Lob der Dialektik“

Foto:Avanti²

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10
D-68026 Mannheim
Fon/Fax: +49 (0) 621/156 40 46
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de



TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 01.05.2018, 10:00 Uhr, DGB-Demo (mit antikapitalistischem Block) ab Gewerkschaftshaus MA
- DO, 03.05.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- SO, 06.05.2018, 15:00 Uhr, Festumzug „MA-RX 200“ ab Freiheitsplatz MA-Almenhof
- DI, 15.05.2018, 19:00 Uhr, Veranstaltung „CETA – ein Angriff auf die kommunale Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge“, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 17.05.2018, 15:00 Uhr, Überbetriebliches Solikomitee, Gewerkschaftshaus MA
- FR, 18.05.2018, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Rojava – Demokratie und Selbstverwaltung? Das ist möglich!“, Gewerkschaftshaus MA
- DO, 24.05.2018, XX:00 Uhr, Staffellauf-Etappenfete „Frieden geht“, Alter Meßplatz MA
- FR, 25.05.2018, 19:00 Uhr, Monatlicher ISO-Infoabend „50 Jahre Mai 1968 – Revolte ohne Wirkung?“
- MI 30.05.2018, 19:00 Uhr, Veranstaltung „Pakistan – Im Fadenkreuz von Militär und Fundamentalismus“, Gewerkschaftshaus MA